

PRESSEMITTEILUNG

Tag der pflegenden Angehörigen 2026

Pflege neu denken: Angehörige sind keine kostenlose Ressource

WIR! Stiftung fordert neuen gesellschaftlichen Pflegevertrag und echte Mitbestimmung

München, 08.08.2026 - Der Großteil der Pflegebedürftigen in Deutschland wird zu Hause versorgt. Den überwiegenden Anteil der Pflege und Sorge leistet die Zivilgesellschaft unentgeltlich, rund um die Uhr und oft unter hohem persönlichem Einsatz.

Angesichts der aktuellen Debatte über die Finanzdefizite der Pflegekassen fordert die WIR! Stiftung Pflegender Angehöriger grundlegende strukturelle Reformen.

Geld ist zum beherrschenden Faktor in der Pflegepolitik geworden.

Die tatsächlichen Bedürfnisse pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen geraten zunehmend aus dem Blick.

Fakt ist: Bürgerinnen und Bürger finanzieren das Pflegesystem doppelt: durch Solidarbeiträge und private Ersparnisse sowie durch ihre unentgeltlich geleistete Arbeitskraft. Trotzdem wird weiterhin über die Köpfe der Betroffenen hinweg gesprochen, geplant und entschieden.

Angehörige nicht als selbstverständliche Ressource einplanen

Das bisherige Pflegemodell ist angesichts der demografischen Entwicklung, sich verändernder Familienstrukturen und steigender Erwerbsbeteiligung von Frauen nicht mehr zukunftsfähig. Wer für Angehörigenpflege die Erwerbsarbeit reduziert oder aufgibt, riskiert eigenes Einkommen und Altersvorsorge. Dieses Risiko wird überproportional von Frauen getragen.

Pflege betrifft nicht nur ältere Menschen: Auch Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene benötigen aufgrund von Erkrankungen oder Unfällen Unterstützung. Nicht selten übernehmen auch Kinder und Jugendliche Verantwortung für pflegebedürftige Angehörige.

Eine zukunftsorientierte Pflegepolitik muss Menschen aller Altersgruppen in den Blick nehmen.

Die Kernforderungen der WIR! Stiftung

Um Pflege dauerhaft abzusichern und pflegende Angehörige nachhaltig zu entlasten, fordert die WIR! Stiftung:

- **Neuen rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmen:**
Verbindliche Regeln darüber, unter welchen Bedingungen Angehörigenpflege geleistet werden kann und soll. Da immer mehr Menschen alleinstehend sind oder keine Angehörigen haben, die pflegen können oder wollen, darf familiäre Pflege künftig nicht weiter unbegrenzt vorausgesetzt werden.
- **Finanziellen Ausgleich und soziale Absicherung:**
Einführung eines angemessenen finanziellen Leistungsausgleichs sowie einer adäquaten Absicherung der Altersvorsorge für pflegende Angehörige.
- **Echte Partizipation und Pflegebeiräte:**
Verbindliche Beteiligungsrechte für Angehörige und Pflegebedürftige auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Vorgeschlagen werden gesetzlich verankerte, kommunale Pflegebeiräte, „Runde Tische auf Augenhöhe“, an denen Politik, Leistungserbringer, professionell Pflegende, pflegende Angehörige und Menschen mit Pflegebedarf unterschiedlichen Alters gemeinsam passgenaue Angebote für den jeweiligen Sozialraum entwickeln.
- **Ergänzung zur Pflegeversicherung:**
Ausbau sozialräumlicher Unterstützungsstrukturen für Wohnen, Mobilität, Alltagsbegleitung und Beratung.

Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Pflege kann künftig in weiten Teilen keine rein private Familienangelegenheit mehr sein, sondern muss zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe werden.

Wir müssen aufhören zu fragen, wer in Familien noch mehr Pflege übernehmen kann. Wir müssen stattdessen fragen:

Was haben wir, was brauchen wir und wie können und wollen wir künftig füreinander sorgen?

Die WIR! Stiftung fordert die Politik auf, die Belastungsgrenzen der Zivilgesellschaft anzuerkennen und die Alltagsexpertise pflegender Angehöriger strukturell mit einzubinden.

Im Mittelpunkt der Pflegepolitik müssen Menschen mit Pflegebedarf und die sie Pflegenden stehen!